

Resolution zur politischen Partizipation in kommunalen Migrantvertretungen

Der Landesverband der kommunalen Migrantvertretungen Baden-Württemberg LAKA erinnert daran, dass zwei Drittel der in Baden-Württemberg lebenden Migrantinnen und Migranten Drittstaatsangehörige sind und damit am 26.05.2019 von den Kommunalwahlen ausgeschlossen sind.

Ungeachtet dessen fordert die Politik auf allen Ebenen die Integration der Migrantinnen und Migranten ein, ohne sich über Inhalte und Maßnahmen einig zu sein. Sie vergisst, dass Integration auch politische Integration bedeutet. Wer Integration fordert, muss folglich auch politische Partizipationsmöglichkeiten fördern.

Kommunale Migrantvertretungen können zwar ein Menschenrecht wie ein Wahlrecht nicht ersetzen, bieten den Migrantinnen und Migranten aber die Möglichkeit, sich derzeit wenigstens in die Belange der Kommunen und in den dortigen gesellschaftspolitischen Diskurs einzubringen, wenn auch in eingeschränktem Umfang.

Der LAKA begrüßt die durch das PartIntG BW geschaffenen Möglichkeiten und fordert daher Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg auf, die gesetzlichen Möglichkeiten maximal auszuschöpfen und flächendeckend kommunale Migrantvertretungen durch Wahlen zu fördern.

Stuttgart, 23.03.2019